

Die in Berlin stattgefundenen, allerdings zu keinem wesentlichen Umfang ausgearteten gestrigen Kommunistenunruhen in Berlin beschäftigten heute den Preussischen Landtag. Bei der Eröffnung der Sitzung verließ Präsident Lennert ein Schreiben der kommunistischen Fraktion, in dem gegen die Verhaftung der Abg. Frau Wollstein protestirt wird. Er teilt mit, daß er diese Beschwerde an den Minister des Innern

weitergegeben habe. Der Minister habe darauf erwidert, nach polizeilichen Angaben sei Frau Wolffstein bei Begehung einer strafbaren Handlung verhaftet, die Immunität also nicht verleiht worden. Abg. Dr. Meyer (Komm.) beantragte, die Freilassung der Frau Wolffstein zu beschließen oder wenigstens die Angelegenheit dem Geschäftsordnungs-Ausschuss zu überweisen. Frau Wolffstein sei nicht als Teilnehmerin der Demonstration, sondern höchstens auf dem Wege dahin verhaftet worden.

Minister des Innern Severing

weist den Vorwurf zurück, daß die Polizei die Immunität verleiht habe. Er und die Polizei hätten die höchste Achtung vor der Immunität.

Die Immunität dürfe aber nicht als Schutzschild für Verbrechen dienen. Frau Wolffstein ist während der Demonstration als Teilnehmerin und Leiterin verhaftet worden. Die eigentliche Leiterin der Demonstration, Frau Ruth Fischer, habe es darauf angelegt, blutige Zusammenstöße mit der Polizei herbeizuführen. Diese Demonstration sei auf Befehl der Moskauer Exekutive veranlaßt worden. Minister Severing verliest zum Beweise dafür einen aufgefundenen Brief der Moskauer Exekutive. Darin wird der Berliner Leitung der Kommunistischen Partei Deutschlands der Vorwurf mangelnder Aktivität gemacht. Es wird befohlen, daß beim Zusammentritt des Reichstages die kommunistischen Abgeordneten durch Vorführen ihrer gewalttätigen Entfernung aus dem Saale herbeiführen sollten. Im Anschluß hieran soll sodann ein bewaffneter Aufstand provoziert werden.

Es handelte sich also bei den gestrigen Vorfällen, so führt der Minister aus, um eine Generalprobe zu einem bewaffneten Aufstand. (Vormühen und Gelächter bei den Kommunisten.) Der Minister Severing ruft: „Ich bitte, als Beweis die beschlagnahmten Waffen auf den Tisch des Hauses zu legen.“

Kommunistenwaffen auf dem Tisch des Hauses.
Einige Diener schleppen schwere Maschinengewehre, Gewehre, Karabiner und Armeepistolen auf den Tisch des Hauses. (Lebhafte Unruhe im ganzen Hause.)

Der Minister Severing erklärt dann weiter, daß vom 15. November bis heute bei den Kommunisten 4000 Mauserpistolen, 500 Gewehre und zwei Duzend Maschinengewehre beschlagnahmt worden sind. Erst in letzter Zeit seien wieder größere Waffenlager bei den Kommunisten aufgedeckt worden.

Zum Schluß sagt der Minister, daß die Regierung alles tun werde, um den Bürgerkrieg zu verhindern. (Beifall bei der Mehrheit des Hauses.)

In der nachfolgenden Debatte brechen die Kommunisten stürmisch in den Ruf aus: „Nieder mit Severing!“ auf diesem von einem ihrer Redner zugerufen wird, er bringe nur Schwindel und Dummheiten zutage. Abg. Heilmann (Soz.) erklärt, daß Rufen zum Aufstand, ganz gleich, ob von links oder rechts, müsse mit allen Mitteln der Staatsgewalt verhindert werden.

Die Debatte wird dann geschlossen und der Haftentlassungsantrag der Frau Wolffstein der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen. Nach Erledigung einer Anzahl kleiner Gegenstände vertagt sich das Haus auf Donnerstag.

Kabinetts Stegerwald oder — — ?

Bemühungen um den Bürgerblock.

Berlin, 28. November.

Auch heute ist ein Ende der Regierungskrise noch nicht zu erreichen gewesen. Während man allgemein annahm, daß Herr Stegerwald den Auftrag zur Kabinettsbildung bereits angenommen habe, besagte eine amtliche Meldung am Nachmittag, daß der Reichspräsident morgens mit dem Reichsstaatsabgeordneten und früheren preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald die Frage der Übernahme der Regierungsbildung besprochen habe. Abgeordneter Stegerwald hat sich aber seine endgültige Entscheidung vorbehalten.

Damit blieben also alle Türen noch offen. Stegerwald will offenbar die Regierungsbildung nur übernehmen, wenn es ihm gelingt, die Demokraten mit in den geplanten Bürgerblock mit hineinzubringen und somit alle fünf bürgerlichen Parteien zu einer Koalition zu vereinigen. Wesentlich ist dabei die Spannung von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen, die sich zwar bereit erklärten, einige der schon erwähnten Konzeptionen zu machen, aber doch darauf beharren, die Sozialdemokraten auch in Preußen aus der Regierung zu entfernen, wozu auf der linksbürgerlichen Seite wenig Neigung vorhanden ist. Die Verhandlungen um die Überbrückung der Gegensätze wurden heute den ganzen Tag fortgesetzt und dauerten in den Abendstunden noch an.

Kreditverhandlungen mit Amerika.

Zum wievielten Male?

Abermals wird durch eine Berliner Korrespondenz eine Nachricht aus Washington folgenden Inhalts verbreitet:

„Flammen“

Roman von Hans Schulze.

Nachdruck verboten.

„Um die Langeweile meiner nächtlichen Schreiberei in der angenehmsten Weise zu unterbrechen“, fiel ihm Malsleben liebenswürdig ins Wort. „Also Ihr Wohl, lieber Doktor, daß Sie mir hübsch gesund bleiben, sonst wird ja Pahlowitz noch rein zum Lazarett.“

Es lag eine solche Herzlichkeit in seinen Worten, daß Dr. Reinwaldt sich im stillen selbst nicht begriff, wie er diesem ernsten Mann auch nur einen Augenblick lang ein leichtfertiges Liebesverhältnis hatte zutrauen können.

„Wie steht es im Schloß?“, fragte Malsleben und schob seinem Gast die geöffnete Zigarrentüte zu. „Ich stehe so in Arbeit, daß ich mich wieder einen ganzen Tag unsichtbar gemacht habe.“

Die Damen waren darüber auch sehr enttäuscht, war die Antwort. „Die Baronin hielt Ihnen heute abend eine längere Strafpredigt und Fräulein Sella schloß sich ihr an.“

Mit klingender Schärfe zitterten die hellen Notizen des Namens durch die schwabende Stille des Zimmers.

Eine schmale Falte des Unmuts erschien auf Malslebens Stirn.

„Ich wüßte nicht, wie Fräulein Hansen an meinem Kommen und Gehen irgendwelches Interesse nehmen könnte.“

Mit einem prüfenden Blick sah Dr. Reinwaldt in das unbewegte Gesicht seines Gegenübers.

„Was halten Sie eigentlich von Fräulein Hansen?“, fragte er dann auf einmal ganz unvermittelt. „Oder besser gesagt, wofür halten Sie sie?“

Malsleben hob überrascht den Kopf.

„Wie soll ich diese Frage verstehen? Ich habe Fräulein Hansen nur wenige Male ganz flüchtig gesehen und entfinne mich nicht, bis jetzt mehr als drei Worte mit ihr gesprochen zu haben.“

Dr. Reinwaldt tat einen längeren Zug aus seiner Zigarre und blies einen kunstvollen Rauchring.

„Meine Frage muß Ihnen natürlich ein wenig seltsam erscheinen. Sie ist mir eigentlich auch fast wider Willen herausgefallen, weil mich die Persönlichkeit Fräulein Hansens am heutigen Abend aus einem bestimmten Grunde ganz beschäftigt hat. Sehen Sie, Herr von Malsleben“, fauchte er dann,

„Deutschland schickt sich an, die Vereinigten Staaten um einen größeren Kredit anzugehen, der es Deutschland gestatten soll, Lebensmittel und Getreide zu kaufen. Die amerikanischen Behörden sind der Ansicht, daß hierzu ein Kredit von mindestens 100 Millionen Dollar notwendig sei. Deutschland soll ferner den Vorschlag gemacht haben, über Garantien, die für die Rückzahlung dieser Anleihe gegeben werden sollen, zu verhandeln.“

Die deutsche Öffentlichkeit ist in dieser Beziehung etwas zu oft getäuscht worden, um nun ohne weiteres einer neuen Behauptung Glauben zu schenken.

Zusammenbruch der Sonderbündler

Auflösung der separatistischen „Regierung“.

Die separatistische Flut scheint abzulaufen, nachdem sie bisher nur Schlämm und Unrat an die Oberfläche geschüttelt und den rheinischen Boden beschmutzt hat. Eine Depesche aus Koblenz vom 28. November meldet:

Die „Vorläufige Regierung der Rheinischen Republik“ hat in einem an den Oberkommissar Tirard gerichteten Schreiben ihre Auflösung erklärt. Der „Generalbevollmächtigte“ teilt dem Vorsitzenden der Rheinlandkommission mit, daß in den letzten Tagen drei Mitglieder des „Kabinetts“ ausgeschieden seien, nachdem es sich vor etwa vierzehn Tagen in zwei Teile gespalten hatte, von dem jeder für sich Kabinettsbeschlüsse faßte. Aus der inzwischen durch das „Kabinett“ aufgelösten „Obersten Exekutive“ habe sich eine „Militärdiktatur“ herausgebildet, bei der ein Sekretär Rosenbaum die Hauptrolle spielte.

Bezeichnend ist das offene Geständnis am Schluß des Schreibens, für die Auflösung sei der Umstand mitbestimmend gewesen, „daß die bisherige vorläufige Regierung zum Teil aus unfähigen und unehrlichen Menschen zusammengefaßt sei.“ Besonders bezeichnend ist dieser Zusammenbruch in dem Augenblick, in dem die französische Regierung sich noch bemüht fühlte, den deutschen Einspruch gegen die den Sonderbündlern durch Frankreich zuteil gewordene Begünstigung abzuweisen. Der separatistische Spektakel dürfte endgültig zu Ende sein. Streik der Kassenärzte.

Der Verband der Ärzte Deutschlands mit dem Sitz in Leipzig hat den Streik beschlossen. Er hat den Krankenkassen für seine Mitglieder definitiv zum 1. Dezember gekündigt. Damit ist der schwebende Streit zwischen Krankenkassen und Ärzten zum offenen Konflikt geworden. Die Ärzte begründen ihre Kündigung damit, daß das im Rahmen des Ermächtigungsgesetzes erlassene Ausnahmengesetz gegen die Ärzte bis zum 1. Dezember zurückgezogen werden müsse. Da das nicht der Fall sein wird, hat der Verband den Streik beschlossen und den Krankenkassen die Kündigung zugesagt. Es schweben Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium, um die Härten der Verordnung für Ärzte und Verfechter zu mildern.

Berschärfung des englisch-französischen Gegensatzes.

England gegen Frankreichs Selbstherrlichkeit.

Die letzten Tage haben unzweifelhaft die britische Botschaft gegenüber den immer unverhüllter auftretenden französischen Machtinstinkten verstärkt. Namentlich die bei dem Indus-Vertrag zutage getretene rücksichtslose Stärkung französischer Interessenwirtschaft hat in England beunruhigt. Die „Times“ schreiben über die Ansichten in der englischen Regierung u. a. folgendes:

„Die französische Politik, die dieses Ergebnis erzielt hat, mag den nationalen Interessen Frankreichs im engsten Sinne angepaßt sein. Diese Politik entspricht aber keineswegs englischen Interessen oder der englischen Auffassung von einem friedlichen Ausgleich in Europa. Diese Politik hat ferner einen Zustand geschaffen, der durch keinen Paragraphen des Versailler Friedens erklärt oder gerechtfertigt wird. Frankreich hat seine Verbündeten, die den Krieg an seiner Seite gewonnen haben, einer bisher noch nie dagewesenen Lage gegenübergestellt. Vom Standpunkt der Gerechtigkeit hat es die Grundlagen des Friedensvertrages erschüttert. Vom englischen Standpunkt ist eine ganz neue Lage in Europa geschaffen, in der die Mitwirkung Englands in der Rheinlandkommission und in der Reparationskommission auf Grund von grundsätzlichen und praktischen Gesichtspunkten neu erwogen werden muß. Das Abkommen mit den Ruhrindustriellen soll der Reparationskommission vorgelegt werden und der eng-

sich aus der tiefen Haltung seines Klubessels höher emporrichtend, „ich stehe im Hause Böhma in einem nahen freundschaftlichen Verhältnis. Und eben darum empfinde ich es doppelt schmerzhaft, wenn ich es ansehen muß, daß sich eine geheime Strömung breit macht, die sich mit den alten Traditionen des Hauses nur schwer vereinigen läßt. Ich spreche, offen herausgesagt, von Fräulein Hansen.“

Malsleben lächelte. „Sollten Sie da Fräulein Hansens Einfluß nicht ein wenig überschätzen? Sie ist doch schließlich nicht mehr als eine einfache Gesellschaftlerin.“

„Ganz gewiß! Aber, was viel schwerer wiegt, die Baronin hält sie für ihre Freundin, der sie volles Vertrauen schenkt und die sie wie eine Prinzessin verwöhnt. Und eben darin sehe ich die Gefahr. Denn ich kann mir nicht helfen, für mich hat die sogenannte „schöne Sella“ vom ersten Augenblick an etwas ausgesprochen Abenteuerliches gehabt.“

Mit ruhigem Ernst sah Malsleben in das Licht der Lampe. „Das sind doch schließlich aber alles nur Vermutungen, lieber Doktor. Ober besitzen Sie einen positiven Beweis gegen die Dame. Daß sie eine auffallende Schönheit und eine zweifellos sehr begabte Sängerin ist, kann sie in Ihren Augen doch nicht ohne weiteres zur Abenteuerin kempeln.“

Der kleine Doktor wand sich in seinem Sessel verzweifelt hin und her.

„Gewiß, das hab' ich mir ja schon selber Duzend Male gesagt. Alles, was ich gegen Fräulein Hansen vorbringen kann, sind Gefühlsmomente, Imponderablen, die sich gar nicht bestimmen lassen. Und doch komme ich über meinen Verdacht gegen sie nicht hinweg. Sie ist ein fremdes Element, das einfach nicht in unseren Kreis gehört.“

„Hat Fräulein Hansen denn nicht irgendwelche Zeugnisse oder andere Dokumente über ihre früheren Lebensstellungen beigebracht?“

Dr. Reinwaldt wurde ganz erregt.

„Sehen Sie, Herr von Malsleben; jetzt kommen wir zusammen. Ueber Fräulein Hansens Vergangenheit schwebt ein undurchdringliches Dunkel. Die Baronin hat sie ohne jeden Ausweis lediglich auf ihre hübsche Larve hin aus der Klinik mitgenommen und über Italien nach Hause gebracht. Ich bin überzeugt, sie weiß von Fräulein Hansens Vorleben nicht mehr, als zum Beispiel Sie oder ich.“

Ein leises, ironisches Lächeln zuckte um Malslebens Mund.

„Das wäre allerdings sehr wenig. Vielleicht wird aber Ihre ganze Sorge bald gegenstandslos, und Fräulein Hansen

ihre Vertreter wird nichts anderes tun können, als die Geschmähigkeit der ganzen Ruhraktion und ihrer Ergebnisse zu bekämpfen.“

England will nicht die Konstituierung der unbedingten Obermacht Frankreichs im Westen Deutschlands — das ist der langen Rede kurzer Sinn. Hätte England nicht eher an die so lange heraufziehende Gefahr denken können?

Wertbeständiges preussisches Notgeld.

0,42, 1,05, 2,10 und 4,20 Goldmark.

Infolge der technischen Schwierigkeiten einer zentralen Belieferung aller Regierungskassen in den preussischen Provinzen durch die Reichskasse haben sich bereits einige Provinzen, Kreise, Landbünde usw. in Preußen gezwungen gesehen, von sich aus zur Befriedigung des notwendigen Bedarfs an Zahlungsmitteln eigenes wertbeständiges Notgeld auszugeben. Ebenso sieht sich jetzt auch der preussische Staat genötigt, zur Deckung der dringenden staatlichen Ausgaben mit der sofortigen Herausgabe wertbeständigen staatlichen Notgeldes zu beginnen. Das Geld ist durch die Deponierung von Goldanleihe voll gedeckt.

Das preussische wertbeständige Notgeld wird in vier Abschnitten ausgegeben: zu 0,42 Goldmark, zu 1,05, zu 2,10 und zu 4,20 Goldmark, entsprechend einem zehntel, einem viertel, einem halben und einem Dollar nordamerikanischer Währung. Es wird binnen Monatsfrist nach Aufruf durch den preussischen Finanzminister gegen Ausbändigung bei der preussischen Generalstaatskasse in Berlin mit Goldschahanweisungen des Deutschen Reiches oder mit einem gleichwertigen Barbetrag eingelöst.

Mit der Ausgabe des Geldes ist bereits im Betrag von zunächst 25 Goldmillionen begonnen worden. Außerdem wird der preussische Staat in der nächsten Zeit mit der Ausgabe von kurzfristigen Goldschahanweisungen beginnen.

Hypotheken-Aufwertung berechtigt.

Hochwichtige Entscheidung des Reichsgerichts.

Leipzig, 28. November.

Der fünfte Zivilsenat des Reichsgerichts hat in einem soeben verkündeten Urteil den Grundsatz der Aufwertung der Hypotheken anerkannt und den Hypothekengläubigern die Befugnis zugesprochen, die Aufhebung von Hypotheken zu verweigern, wenn die Rückzahlung nur in Papiermark erfolgen soll.

In der Urteilsbegründung wird festgestellt, daß der Grundpfand Wert gleich Wert nicht unbedingt aufrecht erhalten werden könne. Andererseits ist aber nicht darüber entschieden worden, und es ist auch nicht darüber zu entscheiden, ob Sparfassenforderungen, Anleihenforderungen usw. der Entscheidung des Reichsgerichts in der Hypothekensache gleichgestellt werden können. In der Aufwertungsfrage müsse auch auf die wirtschaftlichen Umstände der Zeit Rücksicht genommen werden. Es müsse unter allen Umständen bei der Beurteilung der Frage die wirtschaftliche Lage des Schuldners, die Lasten öffentlicher Art, die dem Grundbesitz auferlegt sind, berücksichtigt werden und es müsse auch berücksichtigt werden, ob es sich bei dem Grundstück um industriellen, landwirtschaftlichen oder Hausbesitz handelt. Die Bestimmungen des deutschen Währungsrechtes ständen der Aufwertung der Hypotheken nicht entgegen.

Lokales und Provinzielles.

Salver, 30. November 1923.

□ Wertbeständige Jagdscheinegebühren. Vom 26. November ab beträgt in Preußen die Gebühr für den Tagesjagdschein 1 Goldmark; für den Jahreschein sind 5 Goldmark zu zahlen. Die erhöhte Abgabe ist auf 100 Mark für den Jahres- und auf 20 Mark für den Tagesjagdschein festgesetzt. Die noch laufenden Jagdscheine behalten ihre Gültigkeit für die Zeit, für die sie ausgestellt sind.

□ Falsche Gerüchte über holländische Guldenscheine. In verschiedenen Orten Deutschlands ist das Gerücht ausgebreitet, daß die holländischen Ein- und Zweieinhalbguldenscheine mit dem 31. Dezember d. J. ihre Gültigkeit verlieren. Da diese Geldscheine besonders gern als kleine Unterstützungsbeträge nach Deutschland geschickt werden, und infolgedessen in erster Linie in Händen der wenig bemittelten Bevölkerungsfreie sind, machen sich gewissenlose Elemente dieses Gerücht zu-

hat das Haus eher verlassen, als wir alle denken.“

Von neuem blühte ein unbestimmter Verdacht in Dr. Reinwaldt auf.

„Wie meinen Sie das?“

„Ich meine, daß ein so schönes und, wie ich bemerkt zu haben glaube, auch äußerst intelligentes und künstlerisch begabtes junges Mädchen nicht allzulange in der Einsamkeit eines so abgelegenen Gutes wie Pahlowitz ausharren wird. Benignus deutete die Frau Baronin mir unlängst an, daß sie im Einverständnis mit dem behandelnden Arzte gern bereit sein würde, Fräulein Hansen die nötigen Mittel für eine weitere Ausbildung ihrer Stimme zur Verfügung zu stellen.“

Dr. Reinwaldt erhob sich.

„Das wäre allerdings die beste Lösung. Im allseitigen Interesse“, sagte er erleichtert. „Jetzt will ich aber nicht länger stören. Entschuldigen Sie den nächsten Ueberfall mit der Einfachheit der ländlichen Sitten. Man sieht Sie doch hoffentlich morgen wieder einmal im Schloß.“

„Ich denke ja!“ war die Antwort. „Ich bin mit der Durcharbeitung meiner Bücher im ganzen fertig.“

Der Schein der Lampe streifte in diesem Augenblick über Malslebens schmale aristokratische Rechte und entzündete ein flüchtiges blaues Feuer in dem mattgeschliffenen Saphir eines schlingearbeiteten Schlangensinges.

„Ein altes Erbstück unseres Geschlechts“, bemerkte er auf einen fragenden Blick seines Gastes. „Ich fand den Ring, als ich heute in meinen Koffern und Kisten kramte, die mir jetzt endlich aus Hamburg nachgekommen sind. Eine Familienfrage knüpft sich an den Stein, er soll als eine Art von Talisman seinen Träger vor Krankheit und Unglück beschützen.“

Dr. Reinwaldt hatte sein Glas aufgesetzt und bewunderte die graziose Linienführung des schmalen Schlangensinges.

„Es ist eine prächtige alte Goldschmiedearbeit; etwa aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts. Ich verstehe mich ein wenig auf die Geschichte des Kunstgewerbes. Und ich müßte mich sehr täuschen, wenn ich nicht noch in jüngster Zeit ein ganz ähnliches Stück gesehen haben sollte.“

Malsleben schüttelte lächelnd den Kopf.

Das kann ich mir nicht recht denken, Herr Doktor. Der Ring ist ein Original und existiert nur in diesem einen Exemplar. Das Motiv der Schlange ist ja aber von der

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Nachrichten.

Die zulässigen Arbeitszeiten.

Berlin, 28. November. Nachdem die Gültigkeit der Demobilisationsverordnungen über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter und über die Arbeitszeit der Angestellten mit dem 17. November 1923 abgelaufen ist, gelten zurzeit wieder die Beschränkungen der Gewerbeordnung. Die Beschränkungen der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien vom 23. November 1918 und die des Gesetzes über die Arbeitszeit im Bergbau unter Tage vom 17. Juli 1922 sind unberührt geblieben. Selbstverständlich bestehen auch die durch Tarif- und Arbeitsverträge geschaffenen Bindungen trotz des Fortfalls der gesetzlichen Bestimmungen weiter.

Keine Postaufträge und Nachnahmen nach Belgien.

Berlin, 28. November. Postaufträge und Postnahmen nach Belgien sind bis auf weiteres nicht zugelassen.

Zeitungsanzeigen über Waffenankauf verboten.

Hannover, 28. November. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. November hat mit Zustimmung des Regierungskommissars für den Bezirk des Wehrkreises VI der Militärbefehlshaber alle Zeitungsanzeigen betreffend den Ankauf von Waffen verboten.

Die bischöfliche Behörde gegen den Sonderbündler Kremers.

Münster, 28. November. Die bischöfliche Behörde von Münster teilt mit, daß sie am 5. November die in Frage kommenden Ordinarie ersucht hat, den Geistlichen der Diözese Münster Dr. Wilhelm Kremers, zuletzt Rektor an der Höheren Knabenschule in Sückeln zur Zelebration der Heiligen Messe und zur Vornahme anderer kirchlichen Handlungen nicht zuzulassen.

Der unmögliche sächsisch-russische Vertrag.

Dresden, 28. November. Die beiden Haushaltsausschüsse des sächsischen Landtages beschäftigten sich mit dem Vertrag, der von Sowjetrußland wegen der Gewährung eines Kreditbetrags vorgelegt worden ist. Der Wortlaut des Vertrages, der dem Ausschuss mitgeteilt wurde, soll vertraulich behandelt werden. Die Ausschüsse erklärten, daß der Vertrag so abgefaßt sei, daß sich keine Vorteile für Sachsen ergeben. Sie gaben ihrer Verwunderung Ausdruck, daß Rußland glaube, Sachsen auf diese Weise helfen zu können. Die Ausschüsse lehnten es ab, die Regierung zu ermächtigen, einen solchen Vertrag abzuschließen.

Ein Oberwachmeister von Kommunisten erschossen.

Stuttgart, 28. November. Das Polizeipräsidium Stuttgart hatte Kenntnis davon bekommen, daß in einer Wohnung in einem Stuttgarter Vorort eine kommunistische Versammlung stattfindet. Der Oberwachmeister Tschirch suchte diese geheime Versammlung mit vorgehaltenem Revolver in Schach zu halten und sandte den andern Beamten nach der nahegelegenen Polizeiwache, um Verstärkungen zu holen. Als die Beamten kamen, fanden sie den Oberwachmeister Tschirch innerhalb der Haustür mit durchschossener Brust tot vor. Die Kommunisten waren durch das Fenster entflohen.

Bayerische Anleihe zur Sicherstellung der Ernährung.

München, 28. November. Das Finanz- und Landwirtschaftsministerium haben heute dem Landtag einen Antrag vorgelegt, der die Regierung ermächtigen soll, zur Sicherstellung der Ernährung, sowie zur Förderung der Notstandsmaßnahmen produktiver Art Anleihen bis zum Betrage von 10 Millionen Goldmark aufzunehmen oder bis zu diesem Betrage Bürgschaften zu leisten.

Mussolinis Vollmachten verlängert.

Rom, 28. November. Der Ministerrat hat sich gestern mittag versammelt. Wie vorauszusehen war, hat er beschlossen, die Verlängerung der Vollmachten Mussolinis

zum Parlament vorzunehmen. Die Dauer der Verlängerung wird Mussolini selbst überlassen. — Einstimmig hat der Ministerrat einen Vorschlag Mussolinis angenommen zur Gründung eines Obersten Staatsrates, der mit den Interessen der Landesverteidigung und der äußeren Politik sich zu beschäftigen haben wird.

Rußlands Getreideausfuhr.

Moskau, 28. November. Im November sind 500 000 Tonnen Getreide verschifft worden. Rußland hat seine Vorkriegskonsumenten wiedererlangt. An erster Stelle steht Deutschland, an zweiter Stelle Frankreich, an dritter Holland, ferner Finnland, die Türkei, Skandinavien, Italien und Griechenland. Rumänien und Spanien, die sich selbst versorgen, sind als Konsumenten ausgeschlossen.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Wegen der Tötung des Staatsanwaltsrats Dr. Haas hatte sich in Frankfurt a. M. eine ganze Anzahl Personen vor Gericht zu verantworten. Jetzt ist in diesem Prozeß nach zehntägiger Verhandlung das Urteil gefällt worden. Wegen Landfriedensbruchs und Totschlags wurden der Bauarbeiter Hermann Konrad zu acht Jahren Zuchthaus, der Hausmeister Julius Born zu vier Jahren Zuchthaus, der Fahrhelfer Heinrich Friß zu vier Jahren Zuchthaus und der Hausmeister Karl Brenning zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von zwei bis zu vier Jahren. Die Vorgänge, in deren Verlauf der Staatsanwaltsrat Dr. Haas erschlagen wurde, haben sich im Anschluß an eine Protestkundgebung der Frankfurter Arbeiterkassen am 23. Juli abgespielt.

§ Der Einbrecher als Majoratsherr. Gegen Wilhelm von Keudell, den Sohn des ehemaligen Oberzeremonienmeisters Wilhelms II., schweben in Berlin und in Kassel Strafverfahren wegen verschiedener Einbrüche. Er soll u. a. auch bei einem Einbruch in das väterliche Schloss Schwetzingen bei Schwetzingen beteiligt gewesen sein. Jetzt ist Wilhelm v. Keudell aber nach dem kürzlich erfolgten Tode seines Vaters Majoratsherr dieses Schlosses geworden, und es ergab sich daraus die merkwürdige Sachlage, daß er sein eigenes Schloss als Einbrecher heimlichsteht habe und sein Eigentum gestohlen haben soll. Keudell ist bereits von mehreren Gerichtspräsidenten auf seinen Geisteszustand untersucht worden; er ist jedoch nicht mündig.

Börse und Handel.

In Millionen Mk. Was kosten fremde Werte? In Millionen Mk.

Börsenplätze	28. 11.		27. 11.	
	gekauft	angeb.	gekauft	angeb.
Holland 1 Gulb.	1596 000	1604 000	1596 000	1604 000
Dänemark 1 Kr.	748 125	751 875	748 125	751 875
Schweden 1 Kr.	1101 240	1106 760	1101 240	1106 760
Norwegen 1 Kr.	622 440	625 560	622 440	625 560
Finnland 1 Mark	107 730	108 270	107 730	108 270
Amerika 1 Doll.	4189 500	4210 500	4189 500	4210 500
England 1 Pf.	18354 000	18446 000	18354 000	18446 000
Schweiz 1 Fr.	734 160	737 840	730 170	733 830
Frankreich 1 Fr.	227 430	228 570	227 430	228 570
Belgien 1 Fr.	195 510	196 490	195 510	196 490
Italien 1 Lira	181 545	182 455	181 545	182 455
Tschechien 1 Kr.	121 895	122 805	121 895	122 805
Österr. 1000 Kr.	59 850	60 150	59 850	60 150
Ungarn 1000 Kr.	219 450	220 550	219 450	220 550

Deutsche Werte am 28. November.

Eine Rentenmark	1 Billion Papiermark
Dollaranleihe	44 Mill.
Goldanleihe (1 Dollar) amtlich	4200 Milliard. Papierm.
6 in Goldpiennig	10
Eine Goldmark	1000

* Wertpapierbörse in Dortmund. In Dortmund wurde die Errichtung einer Wertpapierbörse für die Provinz Westfalen mit dem Sitz in Dortmund durch eine Versammlung von Handel, Industrie und Bankvertretern im Beisein der zuständigen Behörden beschlossen. Als erster Börsetag wurde der 5. Dezember in Aussicht genommen.

* Offiziellen an der Berliner Börse vom 28. November. Butarest 21 890 G. 22 110 B.; Riga 16 872 G. 17 128 B.; Neval 11 910 G. 12 090 B.; Kowno 415 800 G. 424 200 B.; Kattowitz 1234 G. 1266 B. Noten: Polen 1218 T. G. 1282 T. B.; Letten 16 087 G. 16 913 B.; Esten 11 310 G. 12 890 B.; Lit. 400 000 G. 420 000 B.

* Berliner Produktenmarkt vom 28. November 1923. Amtliche Berliner Produktennotierungen. Preise in Goldmark auf Basis der Goldanleihe des Deutschen Reiches. Getreide und Obst je Tonne, alle übrigen Artikel je 100 Kilogramm. Weizen märkischer 189—195, Roggen märkischer 173 bis 176, Gerste, Sommergerste 188—200, Hafer märkischer 162 bis 167, Weizenmehl 32,50—35,50, Roggenmehl 30—33, Weizenkleie 7,60—7,80, Roggenkleie 7,50—7,60, Raps 320—350, Viktoriaerbsen 45—55, kleine Speiserbsen 33—36, Pelusiten 17—19, Seradella 20—23, Rapskuchen 13, Trodenschnitzel 8, Kartoffelflocken 16—16,50, Torfmehlfas 30—70 7.

* Raufutter. Bericht der Preisnotierungskommission für Raufutter. (Nichtamtlich.) Großhandelspreis pro 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt. In Goldmark: drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 0,80—1,00, desgl. Haferstroh 0,70—0,90, desgl. Gerstenstroh 0,70—0,90, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 0,60—0,70, Häcksel 1,90, handelsübli. Heu 1,30—1,40, gutes Heu 1,60—1,80.

* Berliner Kartoffelnotierung vom 28. November. Die Berliner Kartoffelnotierungskommission notierte den Preis für einen Zentner Kartoffeln unverändert mit 2,10 Mark der Goldanleihe.

Vom Lebensmittelmarkt.

* In der Berliner Zentralmarkthalle wurden am 28. November folgende Pfundpreise (in Milliarden Mark) verlangt: Rindfleisch 2600—3600, Kalbfleisch 2500—3800, Hammelfleisch 2000—3000, Schweinefleisch 2800—3600, geräucherter Inlandsschinken 5600—6000, Schmalzwurst 6500—6800, Hase 1500—1800, Wildkaninchen 1500—2000, Gänse ab 2300, Enten ab 2500, Hühner ab 2000, Schellfisch 1700, lebend. Karpfen 2000—2500, Bücklinge 1700—2500, Serringe 800—1000, Sprotten 1600—2200, Räucherlindern 800—2500, Salzheringe 180, Äpfel ab 400, Birnen ab 300, Kartoffeln 424, Weiztrocken 60—100, Mostholz 146 bis 160, Wirsing 90—102, Spinat 300, Mohrrüben 60, Tomaten 550—650, Zwiebeln 350, Blumenkohl ab 800, Erbsen 480—620, weiße Bohnen 420—460, Margarine 1100—1140, Schmalz 1200, Limburger Käse 1700—2000, Harzer Käse 1500—2400, 1 Ei 320, Kunstbrot 800—850, Pflaumenmus 900—1000, Malzaffee 450, Tee 5000—10 000, Kaffee 2500—3500, Zucker 600, Weizenmehl 320—380, Haferflocken 380—400, Salz 85—115, Streichhölzer 50 bis 60.

Städtischer Viehhof Elberfeld. Bericht der amtlichen Notierungskommission vom 26. Nov. Auftrieb 556 Stück Großvieh, davon 148 Ochsen, 103 Bullen, 84 Färsen und Kühe, 21 Fresser, 1554 Schweine, (260 Holl.) 283 Kälber 499 Schafe. Die Preise wiesen wieder gegen die Vorwoche eine starke Steigerung auf. Es kostete 1 Pfd. Lebendgewicht (in Milliarden Mark): Ochsen: 600—1200 (gegen 500—800 vorigen Montag), Bullen 550—1100, (500—750), Färsen und Kühe 450—1200 (300—800), Kälber 1000—1400 (600—1000), Schafe 500—1000 (500—750), Schweine 1400—1800 (700—1000).

Tendenz: Großvieh sehr langsam, Schweine flach.

Berlin, 29. Nov. An der heutigen Börse notierte der Dollar 4 210 500 000 000.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Bekanntmachung.

A.I Die staatliche Steuer vom Grundvermögen für das Rechnungsjahr 1923 wird nur für die Zeit vom 1. 11. 1923 bis 31. 3. 1924 erhoben und zwar als Goldmarksteuer nach dem Goldumrechnungssatz am Tage der Zahlung (am 15. eines jeden Monats) ohne Aufforderung.

II.a. Die Steuer ist für die Gemeinde Kierspe zum ersten Male am Dienstag, den 4. 12. 1923 bei der Gemeindekasse in Kierspe zu zahlen. Für November muß sie, für Dezember kann sie am 4. 12. 23. entrichtet werden.

III. Bei Mietshäusern darf die Steuer allmählich 5 Werttage später bezahlt werden.

b. Zum ersten Male ist die Steuer für Mietshäuser in der Gemeinde Kierspe am Montag, den 10. 12. 1923, bei der Gemeindekasse in Kierspe zu entrichten. Für November muß sie, für Dezember kann sie am 10. bezahlt werden.

IV. Für die Mietsgebäudegrundstücke (b) und die anderen Grundstücke (a) werden die Zahlungen bis zum 4. bzw. 10. 12. 1923 einschließlich zu dem Goldumrechnungssatz vom 15. 11. 1923 (300 000 000 000 Mark) angenommen.

BV. Die gemeindliche Steuer vom Grundvermögen in der Gemeinde Kierspe für die Zeit vom 1. 11. 1923 bis 31. 3. 1924 beträgt 100%. Zuschlag zu der staatlichen Steuer vom Grundvermögen. Sie ist in derselben Weise und zur gleichen Zeit wie die staatliche Steuer zu entrichten.

VI. Die frühere Grund- und Gebäudesteuer wird für Staat und Gemeinde seit 1. 4. 1923 nicht mehr erhoben. Sie ist durch die Grundvermögenssteuer ersetzt worden.

Kierspe, den 28. November 1923.

Der Amtmann: Hillebrandt.

Die Staatssteuerrolle

über die vorläufige Steuer vom Grundvermögen der Gemeinde Lüdenscheid-Land liegt vom 1. Dezember bis 8 Tage lang im Amtsgelände Konfordstraße 17 (Steueramt) und der Gemeinde Kierspe während des gleichen Zeitraumes im Amtsbüro zu Elagebach zur Einsicht offen. Lüdenscheid, den 26. November 1923.

Der Amtmann.

Theater-Verein „Germania“

Schnörrenbach

Mitgl. d. Reichsbund f. Volksbühnenspiele, Sitz Berlin

veranstaltet am Sonntag 2. Dez.

im Vereinslokale des Herrn W. Becker,

Schnörrenbach einen

Theater-Abend.

Zur Aufführung gelangt:

„Schuldig“

Drama in 3 Akten von Rich. Voß.

Spieldauer ca. 4 Std. Eintritt 25 Goldpf.

Saalöffnung 4 Uhr. - Anfang 5 Uhr.

Stuhlreihen.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vorstand.

Die vom Amt Halver ausgegebenen Lohnscheine über 10, 20, 50, 100, 200 und 500 Mark rufe ich hierdurch mit dem Hinzufügen zur Einköpfung an, daß die Lohnscheine vier Wochen vom Tage der Ausgabe dieser Zeitungsnnummer ab ihre Gültigkeit verlieren.

Ich bitte, die Lohnscheine möglichst sofort der Sparkasse im Verrechnungswege zuzuführen. Halver, 26. November 1923. Der Amtmann.

Deffentl. Bekanntmachung.

Die 4. Rate der Landabgabe ist spätestens am 1. Dezember zahlbar. Einzahlungen oder Ueberweisungen sind an die Finanzkasse, die ab 26. November wieder täglich von 8—12 Uhr geöffnet ist, zu leisten (Postcheckkonto 55969 Hannover). Die Umrechnungssätze sind an den Postanstalten und Posthilfsstellen angehängt.

Lüdenscheid, den 26. November 1923.

Finanzamt,

Dr. Klew, Regierungsrat

Geschäftsbücher

liefert und stellt her

Wilh. Bell jr., Halver

Buchdruckerei u. Buchbinderei.

Sämtliche

Drucksachen

für Industrie, Handel, Vereine und Private

in modernster Ausführung

:- liefert schnell und billig :-

Wilh. Bell jr., Halver i. W.

Buch- und Kunstdruckerei. Verlag des „Allgemeinen Anzeigers“ u. „Schalksmühler“: General-Anzeigers“: :-

Anzeigen aller Art

Familien-Nachrichten, Stellengesuche und -Angebote, Kauf- u. Verkauf: ::- anzeigen usw. ::-

in auswärtigen Zeitungen

beforgt ohne Preisaufschlag die

Geschäftsstelle des

Allgemeinen Anzeigers,

Halver.

Für unser Hauptbüro suchen wir ein

Lehrfräulein

per sofort oder später

Aluminium- u. Metallwerke

Degehhardt & Sippel,

Halver i. Westf.

— Sofort abholen. —

Alb. Herdepe,

Halver, Telefon 40.

Kartoffeln

angekommen.

Die Staatssteuerrolle über die staatliche Steuer vom Grundvermögen liegt in der Zeit vom 8. Dez. bis 15. Dez. 1923 einschließlich für die Gemeinde Halver im Amtsgelände, Zimmer Nr. 3, für die Gemeinde Schalksmühle im Geschäftszimmer des Gemeindevorstehers während der gewöhnlichen Dienststunden zur Einsicht für die Steuerpflichtigen an. Halver, 27. Nov. 23. Der Amtmann.

Chem. 88er.

Sonntag, den 2. Dez. nachm. 4 1/2 Uhr

Bersammlung.

Der Vorstand.

Bäuerliche Bezugs- und Absatz-Genossenschaft Kierspe-Bahnhof e. G. m. b. H.

Gen.-Versammlung

am Samstag, 8. Dez., nachmittags 4 Uhr im Hotel Craver.

Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben.

Der Vorstand.

N.B.) Die Bilanz liegt 8 Tage zur Einsicht offen.

Wegen Einführung der Doppelschicht stellen vorläufig 6—9 junge

Mädchen

für die Holzfabrikation ein

Sauerl. Wärsenfabrik

Gebr. Lange, Oberbrügge.